



EUROPA UNION
DEUTSCHLAND

KREISVERBAND STEINFURT



Europa gemeinsam gestalten!

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Europa-Union,**

das Jahr 2011 ist noch jung, da wird in Europa bereits wieder heftig diskutiert. Der Grund: Die ungarische Regierung um Victor Orbán hat Ende 2010 ein Gesetz verabschiedet, das eine „Regulierung“ der Medien vorsieht – eine neutrale Formulierung, denn es zeigt sich deutlich: Die Zahl derer, die jegliche Form von Zensur ablehnen, überwiegt bei Weitem. Man darf daher gespannt sein, wie die Regierung in Budapest mit der Kritik umgehen wird, zumal das Land am 1. Januar die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat und damit ein halbes Jahr lang im Rampenlicht stehen wird. Die Europäische Union, die das 180 Seiten starke Regelwerk derzeit juristisch prüft, hat eines immerhin vorab klar gemacht: Sollten die Regelungen gegen geltendes EU-Recht verstoßen, müssen sie geändert werden. Das ist gut so, denn Pressefreiheit ist ein wertvolles Gut und darf nicht verhandelt werden!

(Mehr zu diesem Thema auf Seite 3)

Und damit: Gute Unterhaltung bei diesem Info-Brief!



Dioxin-Skandal: EU-Agrarminister einigen sich auf Maßnahmen

Nachdem in Deutschland die Verseuchung von Tierfutter mit dem krebserregenden Giftstoff Dioxin bekannt geworden war, geriet der Absatz von deutschen Eiern und Fleisch ins Stocken. Das Verbrauchervertrauen war erschüttert und Länder wie Südkorea, die Slowakei, Großbritannien und China verschärften ihre Einfuhrkontrollen verhängten komplette Importverbote für diese Produkte.



Eine der dringendsten Fragen bei der Bewältigung der Krise lautete daher: Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit derartige Vorkommnisse künftig verhindert werden können?

Nach einem Treffen der 27 EU-Agrarminister am 24. Januar gab EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș bekannt, dass die Ministerrunde Antworten auf diese Frage gefunden habe. Demnach sollen die Kontrollen für Futtermittel verschärft und das derzeitige Frühwarnsystem für Lebensmittel (siehe Kasten) verbessert werden, die Produktion und Lagerung von Lebensmitteln und Fetten soll zukünftig getrennt erfolgen und die Hersteller von Lebensmittelfetten sollen eine an strenge Auflagen geknüpfte Zulassung beantragen müssen (Letzteres ist noch umstritten).

Das EU-Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF), das seit 1979 existiert, tritt in Aktion, wenn ein Produkt entdeckt wird, das nicht den EU-Lebensmittelstandards entspricht. Ist dies der Fall, wird die nationale Koordinationsstelle (in Deutschland das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit) informiert. Diese prüft die Angaben, ergänzt sie und setzt sich mit der EU-Kommission in Kontakt, die eine Warnmeldung an die Mitgliedsstaaten ausbringt, wobei zwischen EU-Produkten und Produkten aus Nicht-EU-Staaten unterschieden wird.



Zur Unterstützung der Landwirte will die EU zudem Schweinefleisch einlagern lassen und Fördergelder freimachen, bis der derzeit niedrige Preis sich wieder auf Normalniveau eingependelt hat.

Auf eine Haftungspflicht für Schadensverursacher oder eine Positivliste der Stoffe, die in Futterfetten enthalten sein dürfen und für die sich besonders die deutsche Seite stark gemacht hatte, konnten sich die Minister hingegen nicht einigen.

„Phallometrische Tests“ in der EU

Es klingt abstrus, wie eine Presseente. Doch was die tschechischen Einwanderungsbehörden jahrelang praktizierten, war bis Anfang 2010 Realität.

Bis zu diesem Zeitpunkt konnte es passieren, dass Asylbewerber, die eine Verfolgung wegen Homosexualität in ihrem Heimatland geltend machten, mit „phallometrischen Tests“ konfrontiert wurden. Im Klartext: Bezweifelte die Einwanderungsbehörde die Angaben eines Asylbewerbers zu seiner sexuellen Orientierung, wurden diesem in einem abgetrennten Raum heterosexuelle Pornofilme vorgespielt. Ergab eine gleichzeitig am Körper durchgeführte Messung, dass der Asylbe-

werber auf die visuellen Reize reagierte, galt der Beweis als erbracht, dass der Betreffende seine Homosexualität nur vorgetäuscht hatte, um auf bequemem Wege eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen. Bekannt geworden war diese Praktik durch den

Fall eines iranischen Asylbewerbers. Dieser hatte im September 2009 vor einem deutschen Gericht in Schleswig-Holstein gegen seine Rückführung nach Tschechien geklagt. Er befürchtete, dort an einem der besagten Tests teilnehmen zu müssen.



Das Gericht gab dem Mann Recht. Es verwies darauf, dass eine derartige Praxis ein „Zugangshindernis zum Asylverfahren“ darstelle, dessen „Menschenrechtskonformität nach dem gegenwärtig überschaubaren Stand der Dinge mindestens sehr zweifelhaft“ erscheine.

Dieser Haltung schloss sich die EU an. In einem Jahresbericht zur Lage der Homosexuellen vom Dezember 2010 kritisierte die EU-Grundrechteagentur (FRA), dass – abgesehen von der möglichen Fehlerhaftigkeit des Testes – das tschechische Vorgehen für die Asylbewerber entwürdigend sei und mit hoher Wahrscheinlichkeit gegen die Grundrechtecharta der EU verstoße.

Ein Sprecher des Prager Innenministeriums erklärte schließlich, dass phallometrische Tests seit Anfang 2010 nicht mehr durchgeführt würden, was den Innenminister des Landes, Radek John, allerdings nicht davon abhielt, die Methode im Nachhinein zu verteidigen. In einem Rundfunk-Interview sagte er, die Tests hätten dazu gedient, zweifelsfrei zu beweisen, dass die Asylbewerber tatsächlich homosexuell und damit in ihrem Herkunftsland bedroht seien. Wem das Vorgehen nicht gefalle, so John, der solle doch in ein Land gehen, wo solche Tests nicht durchgeführt werden... (G.M.)

Wirbel um Satellitennavigationssystem „Galileo“

Infolge der Veröffentlichung von US-Geheimdokumenten durch die Internetplattform „WikiLeaks“ ist schon so manch ein Vertreter aus Politik oder Wirtschaft in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Das bekannteste Beispiel in Deutschland ist wohl der Büroleiter des Außenministers, der seinen Hut nehmen musste, nachdem seine unbedachten Äußerungen gegenüber US-Diplomaten publik geworden waren.

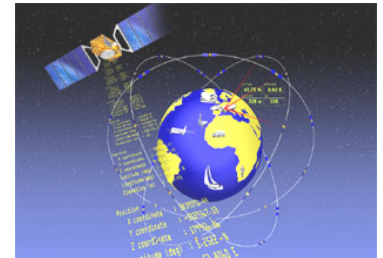


Ein am 13. Januar durch die schwedische Zeitung „Aftenposten“ veröffentlichtes Dokument, das dem Blatt von den WikiLeaks-Betreibern zugespielt wurde, hat nun ein weiteres „Opfer“ gefordert. Diesmal hat es einen deutschen Top-Manager erwischt: Wie das Bremer Raumfahrtunternehmen OHB-System AG am 17. Januar mitteilte, hat es den Vorstandschef der Firma, Berry Smutny, mit sofortiger Wirkung von dessen Aufgaben „freigestellt“.

Der Grund? Glaubt man den WikiLeaks-Dokumenten, hat sich Smutny gegenüber amerikanischen Gesprächspartnern abfällig über das von der Europäischen Union und der europäischen Raumfahrtbehörde ESA geplante Satellitennavigationssystem „Galileo“ geäußert. Demnach habe der Manager das System, das 2014 als Antwort auf das amerikanische GPS, das russische GLONASS und das chinesische COMPASS auf dem Markt erscheinen soll, als „dumme Idee“ bezeichnet. Es diene, so Smuty, vor allem französischen Interessen und sei nicht viel mehr als eine Verschwendung von EU-Steuergeldern.

Das Kuriose an dem Fall: Das Unternehmen, dem Smutny erst seit zwei Jahren vorstand, hatte Anfang 2010 einen Großauftrag von der EU erhalten. Seitdem fertigt es für „Galileo“ 14 Satelliten, was einem Auftragsvolumen von rund 566 Millionen Euro entspricht.

Die Veröffentlichung der Gesprächsnotizen erfolgte zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt: Nur einen Tag nach dem Rücktritt des Managers musste die EU-Kommission bekannt geben, dass „Galileo“ deutlich teurer werden dürfte als ursprünglich veranschlagt. Aus einem Halbzeitbericht, den EU-Industriekommissar Antonio Tajani am 18. Januar der Öffentlichkeit präsentierte, geht hervor, dass der Aufbau des Systems bis 2020 mit insgesamt mit 5,3 Mrd. Euro zu Buche schlagen wird. Das sind rund 1,9 Mrd. Euro mehr als geplant.



Zum Galileo-Projekt: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/index_de.htm
(Seite der EU-Kommission)

Ungarische Ratspräsidentschaft überschattet von Mediengesetz

Mit dem 1. Januar 2011 hat Ungarn turnusgemäß die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernommen. Doch als der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán am 19. Januar vor dem Europa-Parlament (EP) das EU-

eine schrittweise Aushöhlung der Pressefreiheit in Ungarn.

Präsidentschaftsprogramm seines Landes vorstellte, war die Stimmung alles andere als feierlich. Dies lag freilich nicht an dem von Orbán vorgebrachten Programm der Ratspräsidentschaft. Hier gab es keinen Widerspruch, als er ankündigte, sein Land werde sich in den kommenden sechs Monaten verstärkt den Themen Wachstum und Beschäftigung, der Energiepolitik und dem Erweiterungsprozess widmen.

Das Mediengesetz, das die rechtskonservative Fidesz-Partei von Ministerpräsident Orbán aufgrund ihrer Zweidrittelmehrheit durch das Parlament schleusen konnte, ist seit dem 1. Januar in Kraft. Es bestimmt unter anderem, dass ein auf neun Jahre gewählter fünfköpfiger Medienrat prüfen soll, ob die Berichterstattung der Fernseh- und Radiosender sowie der Zeitungen und Internetportale in Ungarn „politisch ausgewogen“ ist. Wird gegen diesen Grundsatz verstoßen, können zum Teil drastische Strafzahlungen (bis zu 750.000 €) verhängt werden. Ferner müssen Journalisten künftig ihre Quellen offen legen, wenn sie sich mit „Fragen der nationalen Sicherheit“ beschäftigen.

Das, und die Tatsache, dass die Mitglieder des Medienrats der Regierungspartei angehören (letztere hat durch ihre Zweidrittelmehrheit maßgeblich



Victor Orbán

Dass die Mehrheit der Parlamentarier dem Ministerpräsidenten mit Misstrauen begegneten, hat vielmehr mit einem Mediengesetz zu tun, das die ungarische Regierung am 20. Dezember vergangenen Jahres verabschiedet hat. Seitdem steht die Regierung in Budapest unter „Dauerbeschuss“, denn Kritiker sehen in den Regelungen



Abgeordnete der Grünen-Fraktion demonstrieren gegen das Mediengesetz © Reuters

chen Einfluss auf die Besetzung des Rates), ist in den Augen vieler Kritiker ein unhaltbarer Zustand.

Deshalb forderten auch in der Sitzung am 19. Januar hauptsächlich Vertreter der Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen Orbán auf, das Gesetz abzuschaffen oder in wesentlichen Punkten abändern zu lassen. Der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Daniel Cohn-Bendit, ging in seiner Kritik gar so weit, Orbán in die Nähe eines „europäischen Hugo Chávez“ zu rücken, der „das Wesen und die Struktur der Demokratie“ nicht mehr verstehe.

Orbán hingegen, der Teile des konservativen Lagers im Parlament auf seiner Seite hatte, kündigte an, er sei bereit, das Gesetz zu ändern, falls EU-Experten Mängel entdecken würden – eine Zusage, die er bereits Anfang des Jahres gegeben hatte. Gleichzeitig forderte der Regierungschef, man solle die Ratspräsidentschaft vom Konflikt um das Mediengesetz abkoppeln.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso verwies schließlich noch einmal darauf, dass die EU das Gesetzeswerk derzeit sehr gründlich auf seine Vereinbarkeit mit EU-Recht hin überprüfen werde.

Information zur ungarischen Ratspräsidentschaft: <http://www.eu2011.hu/presidency>

Streitbeilegung bei Konflikten mit Unternehmen



Die Europäische Kommission erwägt die Einführung eines EU-weiten alternativen Streitbeilegungssystems. Dieses soll vermeiden, dass Verbraucher vor Gericht ziehen müssen, um Streitigkeiten mit Unternehmen zu regeln. Verbrauchergruppen reagierten umgehend auf diesen Vorstoß: Sie warnen davor, dass dieser Schritt die Aufmerksamkeit nicht von Plänen, rechtliche Sammelklagen einzuführen, ablenken dürfe.

Einführung von Universal-Ladegeräten für Handys in der EU

In Kooperation mit den führenden 14 Mobilfunkunternehmen haben die EU-Kommission und die EU-Normierungsorganisationen eine Industrienorm für einheitliche Handy-Ladegeräte vorgelegt. Damit kann die Industrie in diesem Jahr mit der Produktion und dem Verkauf von Mobiltelefonen für das neue Ladegerät beginnen. Von den Standards sollen Verbraucher und Umwelt gleichermaßen profitieren, da sinkende Preise und weniger Elektro-Schrott erwartet werden. Außerdem entfielen die lästige Suche nach einem Ladekabel bei Neukauf eines Handys.

Ein Wermutstropfen hat die Regelung indes: Sie trifft nur für Geräte mit einer speziellen Daten-Schnittstelle zu, wie sie fast ausschließlich bei den neueren „Smartphones“ zu finden ist. Der Grund: Die Hersteller gehen davon aus, dass sich diese gegenüber den klassischen Mobiltelefonen durchsetzen werden.

Derzeit werden in Europa knapp 400 Millionen Handys verwendet, für die es über 30 verschiedene Typen von Ladegeräten gibt.

Dem Abgeordneten auf die Finger geschaut: „VoteWatch“

Sie wollen mehr über die Aktivitäten Ihres gewählten EU-Parlamentariers wissen? Auf der Seite www.votewatch.eu können Sie erfahren, wie es um dessen Abwesenheitsquote im Parlament oder Abstimmungsverhalten bestellt ist.

Votewatch ist ein unabhängiges und kostenloses Internetangebot, das von Politologen und Politikberatern vornehmlich aus Großbritannien und den USA erstellt wurde. Ziel der Betreiber ist nach eigenen Angaben, die Transparenz von Entscheidungsprozessen zu erhöhen.



Das von den Analysten verwertete Datenmaterial stammt durchweg von der Internetseite des EU-Parlaments.

Kaminabend des Kreisverbandes

Auch 2010 hatte der Kreisverband seine Mitglieder und Interessierte wieder zu einem Kaminabend in das Kötterhaus nach Steinfurt eingeladen. Und wie in den Jahren zuvor war die Resonanz groß: Der Veranstaltungsraum war bis auf den letzten Platz belegt.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Rolf Cyprian und einer herzhaften westfälischen Mahlzeit begann der „inhaltliche“ Teil des Abends: Der aus Düsseldorf ange-reiste Referent aus dem Wirtschaftsministerium des Landes NRW, Dipl.-Politologe Jörg Dürr, berichtete den Anwesenden in einer informativen und detaillierten Schilderung von seinen Aufenthalten in Schweden, dem Land, das er in seiner vormaligen Funktion als Länderreferent mehrmals bereist hatte.



Der Kreisverbandsvorsitzende Rolf Cyprian dankt dem Referenten Jörg Dürr. Rechts im Bild der Landesgeschäftsführer NRW der Europa-Union, Dr. Giakoumis



Franz-Josef Dömer präsentiert seinen Film

Im Anschluss an diesen Vortrag präsentierte Franz-Josef Dömer einen hervorragend gemachten Film über die Ungarn-Fahrt des Kreisverbandes, die dieser im August 2010 unternommen hatte. So manche Szene rief bei den Anwesenden ein Schmunzeln hervor.

Leider war der Abend wieder viel zu schnell vorbei, aber eines ist sicher: Auch in diesem Jahr wird der Kreisverband wieder einen Kaminabend ausrichten!

Termine des Kreisverbandes Steinfurt und auf Landesebene NRW der Europa-Union



Kreisverband Steinfurt:

- **23. Februar 2011:** Veranstaltung zum Thema Verbraucherschutz
- **27. März 2011:** Eröffnung der Ausstellung „Konrad Adenauer und die Europäische Integration“ im Kreishaus Steinfurt
- **30. März 2011:** Mitgliederversammlung im Heimathaus in Ibbenbüren auf dem Gelände des Freizeithofes Bögel-Windmeyer
- **Mai 2011:** Europa-Café in den Kaufmännischen Schulen Rheine

Landesebene NRW (Auswahl):

- **18.02.2011:** Vortrag: Europas Zukunft – Wie geht es weiter? Um 10:00 Uhr im Freiherr von Stein-Gymnasium, Leverkusen. Referenten: MdEP Herbert Reul, Dr. Meyer
- **28.02.2011:** Seminar: Regionen Europas: Katalonien/Barcelona. Um 18:00 Uhr in der Auslandsgesellschaft NRW, Steinstr. 48, Dortmund. Referenten: Dr. Giakoumis, Sylvia Student

(Weitere Veranstaltungen auf: <http://www.europa-union.net/veranstaltungen.html>)

Bis zum nächsten Info-Brief!



Ihr Kreisverband Steinfurt der Europa-Union

Europa-Union Deutschland
Kreisverband Steinfurt
Tecklenburger Str. 10
48565 Steinfurt

Vorsitzender: Rolf Cyprian, Wetringen
Geschäftsführer: Helmut Heuing, Horstmar
helmut.heuing@kreis-steinfurt.de
heike.wildemann@kreis-steinfurt.de

Bankverbindung:
Europa-Union, KV Steinfurt
Kreissparkasse Steinfurt
BLZ: 403510 060
Kto.-Nr.: 544270